



Gelsenkirchen

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage		
<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Drucksache Nr.		
14-20/7492		

Referat, Auskunft erteilt, Telefon-Durchwahl
2 - Rat und Verwaltung - Herr Eschenröder, Tel. 1 69-21 75

Datum
24.06.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermine	Top	Zuständig- keiten
Rat der Stadt	11.07.2019		4 <i>1 = Anhörung 2 = mitbeteiligt bei der Vorberatung 3 = federführende Vorberatung 4 = Entscheidung</i>

Betreff

Erklärung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen zum Antisemitismus

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt unterstützt die Erklärung vom 14. März 2019 zum Antisemitismus der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen nachdrücklich. Er verleiht seiner Sorge Ausdruck, dass antisemitische Einstellungen weiter um sich greifen und fordert die Zivilgesellschaft auf, sich dieser beunruhigenden Entwicklung entschlossen entgegenzustellen.

Frank Baranowski

Problembeschreibung / Begründung

Die Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen hat am 14. März 2019 eine Erklärung zum Antisemitismus beschlossen.

Die Erklärung wurde anschließend von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit der Demokratischen Initiative gegen Diskriminierung und Gewalt, für Menschenrechte und Demokratie - Gelsenkirchen - DI - mit der Bitte um Unterstützung angetragen.

Die DI hat sich daraufhin in ihrer Plenumsitzung am 28. Mai 2019 mit der Erklärung befasst und trägt sie im erbetenen Sinne einstimmig solidarisch mit.

In der Plenumsitzung wurde zugleich der Gedanke formuliert, die Erklärung auch dem Rat der Stadt mit der Bitte um Unterstützung vorzustellen.

Erklärung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen zum Antisemitismus

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen bringt mit der nachfolgenden Erklärung ihre Besorgnis angesichts der in letzter Zeit zunehmenden antisemitischen Äußerungen und Aktionen zum Ausdruck.

Nach der Erfahrung von Verfolgung und Vernichtung durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft haben die trotz alledem in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden sehr langsam und in einem Jahrzehnte andauernden Prozess Vertrauen gefasst, dass sie in diesem Land leben können.

Heute sehen sich Jüdinnen und Juden in ganz Deutschland und darüber hinaus zunehmend genötigt, ihre Identität zu verbergen, um nicht zum Ziel antisemitischer Übergriffe zu werden. An Schulen werden jüdische Kinder und Jugendliche ausgegrenzt, beleidigt und bedroht. Jüdische Grabstätten werden geschändet und Synagogen angegriffen.

Gelsenkirchen bildet leider keine Ausnahme. Ein Jugendlicher der Gelsenkirchener Gemeinde drückt die Stimmung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in einem Lied für die Jewrovision 2019 so aus:

„Keiner von uns frei, weil dieser Hass uns wieder bricht. ...Für uns ist das Normal-Leben sowas wie ein Traum gewesen. Man könnte auch vom Traum von endlich Heimat reden. Doch dieser Traum ist wohl in Deutschland am Versagen. Wieso ist ne Kippa ein Grund einen Juden so zu schlagen? ... Das vor 70 Jahren, es klopft an und ist jetzt da. ...“

Antisemitische Einstellungen reichen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, sei es durch direkte Anfeindungen der hier lebenden Jüdinnen und Juden, sei es durch eine Kritik am Staat Israel, die scheinbar nur politische Entscheidungen seiner Regierung verurteilt, in Wirklichkeit jedoch Israel als jüdischem Staat, in dem Jüdinnen und Juden in Sicherheit vor Verfolgung leben können, seine Existenzberechtigung abspricht.

Wir beobachten auch die Auswirkungen antisemitischer Ressentiments, mit denen viele der Menschen aufgewachsen sind, die als Kriegsflüchtlinge aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu uns gekommen sind. Wir begrüßen, dass es in einer gemeinsamen Anstrengung von Politik und Gesellschaft gelang, ihnen Aufnahme und Schutz zu gewähren. Doch wenn antisemitisches Denken seinen Ausdruck in judenfeindlichen Verhaltensweisen im Alltag findet, macht uns das nicht weniger besorgt, als wenn sich Antisemitismus im deutschen politischen Spektrum zeigt.

Wir stellen klar: Wer Jüdinnen und Juden und jüdisches Leben in Deutschland – in welcher Form auch immer – angreift, der greift die Grundlagen unserer Gesellschaft an, der tritt die Menschenwürde und Grundrechte aller mit Füßen.

Deshalb erklären wir in aller Deutlichkeit: Wer Jüdinnen und Juden in diesem Land angreift, der greift auch uns an!

Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung den Kampf anzusagen und für ein freiheitlich demokratisches Zusammenleben einzutreten.

Wir appellieren an alle, die in der Politik Verantwortung tragen, mit Artikel 1 des Grundgesetzes Ernst zu machen und die unantastbare Menschenwürde durch alle staatliche Gewalt zu schützen.

Unsere Solidarität und Verbundenheit gilt unseren jüdischen Partnern und Freunden und Freundinnen. Sie sollen wissen, dass sie in der Bedrängnis, die sie gegenwärtig erfahren, nicht alleinstehen.

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen am 14. März 2019

Finanzielle Belastungen: keine

